

Antrag

öffentlich

Datum

29.08.2023

Nummer

A0191/23

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.09.2023

Kurztitel

Zuwanderungsnotstand ausrufen – Zuzugstopp für illegale
Zuwanderer, Asylbewerber und ‚Flüchtlinge‘ beschließen**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, dem Vorbild anderer Städte zu folgen, und einen Zuzugstopp für illegale Zuwanderer, Asylbewerber und ‚Flüchtlinge‘ nach Magdeburg anzuordnen.

Begründung

Bereits im November 2019 forderte die AfD-Fraktion aus finanz-, arbeits-, wohnungs-, identitäts- und sicherheitspolitischen Gründen die Anordnung eines Zuzugstopps. Seitdem hat sich nicht nur die Situation am Wohnungsmarkt, sondern vor allem auch die finanz- und sicherheitspolitische Lage der Landeshauptstadt dramatisch zugespitzt.

Mittlerweile belegt Magdeburg der Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes zufolge in der Rangliste der gefährlichsten Städte Deutschlands den 9. Platz. Aufgrund der prekären Sicherheitslage trauen sich zahlreiche Magdeburger, insbesondere junge Frauen, nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Gefährliche Orte werden von der einheimischen Bevölkerung zunehmend gemieden. Im März dieses Jahres versuchten 20 Fremde gewaltsam die Ausländerbehörde zu stürmen, im August zertrümmerte ein Afrikaner deren Eingangsbereich. Diese Zustände sind nicht länger hinnehmbar.

In finanzpolitischer Hinsicht droht der Stadt – auch aufgrund der dramatisch ansteigenden Asyl- und Integrationskosten – die Zwangsverwaltung. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung dürfen die Kosten der illegalen Massenmigration den Magdeburger Steuerzahlern nicht weiter aufgebürdet werden. Stattdessen müssen die Gelder der Stadt endlich wieder ausnahmslos für die Belange der einheimischen Bevölkerung verwendet werden.

In Anbetracht der zuvor beschriebenen Umstände wird die Bürgermeisterin aufgefordert, dem Vorbild zahlreicher anderer deutscher Städte – darunter Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen), sowie Delmenhorst, Salzgitter und Wilhelmshaven (Niedersachsen) – zu folgen, und einen Zuzugstopp nach Magdeburg zu verfügen.

Christian Mertens
FraktionsvorsitzenderDr. Jan Moldenhauer
Stadtrat